

Herrn Bürgermeister Frank Haberbosch
Herrn Torsten Stank, Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat
Herrn Klaus-Jürgen Bernotat, Fraktionsvorsitzender der CDU im Rat
Herrn Heinrich Stenau, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Rat
Herrn Dieter Wiegmann, Fraktionsvorsitzender der WL im Rat
Herrn Bernd Sasse-Westermann, Fraktionsvorsitzender der LK im Rat
Herrn Dieter Fette, Abgeordneter der FDP im Rat
Herrn Burghard Grote, Ratsmitglied

Kreishausstraße 2-4
32312 Lübbecke

im Dezember 2019

Sehr geehrte Herren,

wir, eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Wittekind-Gymnasiums, möchten ein breites und ansprechendes ÖPNV-Angebot für Lübbecke, damit auch Menschen wie wir Schüler, die (noch) kein Auto benutzen, mobil sein können. Deshalb wollen wir für einen Ausbau des bereits bestehenden Angebotes werben. Da die Westertorplanungen mit der Verlegung und Verkleinerung des Zentralen Omnibusbahnhofes einhergehen, verfolgen wir die derzeitigen Planungen der Stadt sehr kritisch. Wir freuen uns, dass die Stadt einen Investor gefunden hat, der aus der Deerberg-Immobilie etwas machen möchte, die damit verbundene Verlegung des ZOB können wir jedoch nicht nachvollziehen.

Wegen der geringen Anzahl der ÖPNV-Verbindungen, besonders abends und am Wochenende, sind wir Schülerinnen und Schüler oft auf das „Elterntaxi“ angewiesen. Im Pariser Klimaschutzabkommen hat sich Deutschland verpflichtet, seinen Teil dazu beizutragen, die Erderwärmung auf möglichst 1,5°C zu begrenzen. Um das zu erreichen, ist eine nachhaltige Verkehrswende nötig, auch in Lübbecke. Das ÖPNV-Angebot – auch im Schienenverkehr – muss dafür deutlich ausgebaut werden (mit möglichst klimafreundlichen Antrieben auch für Busse und Bahnen), damit Anreize und Möglichkeiten für den Umstieg vom PKW zum ÖPNV geschaffen werden. Um das tun zu können, muss eine dafür geeignete Infrastruktur vorgehalten werden. Der jetzige ZOB ist dazu gut geeignet, auch bei Ausweitung des ÖPNV als zentraler Umsteigepunkt zu fungieren. Sollte er verkleinert und verlegt werden, ist das nicht (mehr) der Fall! War das Thema „Verkehrswende“ vor einigen Jahren, als die Planungen für das Westertorprojekt begannen, vielleicht noch nicht so präsent, so ist es heute – auch durch „fridays for future“ - doch sehr in das öffentliche Bewusstsein vorgedrungen und sollte sich auch in einer zukunftsorientierten Stadtplanung widerspiegeln.

Am 12. Oktober war in der Zeitung (NW) folgende Notiz zu lesen:

„Einstimmiger Beschluss zu 'Elterntaxi'“

Einstimmig hat der Haupt- und Finanzausschuss die Verwaltung am Donnerstag beauftragt, Gespräche mit dem Ziel der Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft

aufzunehmen. Dabei sollen die konkreten Möglichkeiten zur Ausweitung des Angebotes im ÖPNV, vorrangig im Schülerverkehr, ermittelt werden. Der Beschluss basiert auf einem Antrag der SPD-Fraktion von Mitte September. Darin heißt es unter anderem, man wolle Schüler in die Lage versetzen, ohne 'Elterntaxi' zu einem 'Taschengeldtarif' mobil zu sein.“

Andererseits war am 11. Oktober bereits zu lesen, dass zwar alle bisherigen Busverkehre des ZOB auch bei Verlegung desselben an den Niederwall abgebildet werden können, aber „keine Stillen Reserven“ vorgesehen seien. Die Stadt argumentiert, durch die geplante Verlagerung eines Teiles des Schülerverkehrs an die Rahdener Straße und andere Haltestellen in der Nähe von Schulen sei zukünftig mit weniger Schülerverkehr am ZOB zu rechnen, deshalb könne man den ZOB problemlos verlegen, er sei „überdimensioniert“, nachdem die Jahn-Realschule geschlossen hat. Bereits zur heutigen Zeit finden aber viele Schülerverkehre über die Rahdener Straße oder andere schulnahe Haltestellen statt. Eine Verlegung fand also bereits statt. Viele Schüler nutzen andere Haltestellen, aber die Schülerinnen und Schüler, die den ZOB nutzen, werden ihn auch weiterhin nutzen, etwa, um dort umzusteigen (was deutlich gefährlicher wird, wenn eine stark befahrene Straße durch den ZOB verläuft).

Wenn „keine stillen Reserven“ vorgesehen sind, bleibt also kein Raum für die „Ausweitung des Angebotes im ÖPNV“. Wie passen dann die Planungen der Stadt mit dem Antrag der SPD zusammen, die den ÖPNV stärken und ausweiten möchte, damit wir Schülerinnen und Schüler ohne Elterntaxi zu bezahlbaren Tarifen mobil sein können?

Das Projekt Westertor in der jetzigen Form wird u. a. aus diesen Gründen von zahlreichen Schülerinnen und Schülern abgelehnt. Ein ZOB als ZENTRALER Omnibusbahnhof erfüllt seine Aufgabe nicht mehr, wenn er so umgebaut wird, dass er nur noch aus Haltestellen, die durch eine große Straße zerschnitten werden, besteht. Hinzu kommt, dass die Radfahrerinnen und Radfahrer unter uns keine Lust haben, von ausscherehenden Bussen übersehen und gefährdet zu werden und auf diese Weise zu verunglücken. Hat die Stadt dafür schon ein Konzept, etwa eine veränderte Radwegführung dadurch, dass man die Niedernstraße zur Fahrradstraße ausbaut? In den Planungsunterlagen der Stadt muss man das Wort „Fahrrad“ leider lange suchen, es wurden fast nur Untersuchungen zum Autoverkehr gemacht!

Lassen Sie uns gemeinsam für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Stadtplanung eintreten, für ein nachhaltiges Verkehrskonzept, die Schülerinnen und Schülern und allen anderen Menschen eine selbstständige, umweltfreundliche Mobilität ermöglicht!

Mit freundlichen Grüßen

Schülergruppe ÖPNV/ZOB des Wittekind-Gymnasiums

(Diesen offenen Brief haben 100 Schülerinnen und Schüler unserer Schule unterzeichnet)